

den in beiden Ländern Markenprodukte und die Kleidung eine soziale Schlüsselrolle spielen, um die gegenseitige Einschätzung der gesellschaftlichen Position zu erleichtern. Dies sei gerade in Gesellschaften von Bedeutung, in denen sich das soziale Leben vor allem in Restaurants und Bars statt zu Hause abspielen würde. Ein anderer Aspekt im Konsum ist Dossin zufolge, dass beide Gruppen mehr auf Reisen als zu Hause konsumieren würden.

Für die Luxusgüterindustrie sind demnach Störungen im internationalen Reiseverkehr besonders schwerwiegend. Eine weitere Herausforderung für die Branche ist die Verletzung von geistigen Eigentumsrechten, die aufgrund der weit verbreiteten Markenpiraterie in China hohe Kosten mit sich bringt.

**Tab. 3: Bedeutung der Marken: Anteil der zehn umsatzstärksten Markenanbieter (Anteil in % am Gesamtmarkt)**

Produkt/ Branche	Markt- anteil
Elektrohaushalts- geräte	80
Nahrungsmittel und Getränke	70
Waschmittel	50
Kosmetik	50
Leder- und Woll- bekleidung	50
Anzüge, Hemden, T-Shirts	25
<b>Durchschnitt</b>	<b>65</b>

Quelle: National Bureau of Statistics, Hong Kong Trade Development Council (TDC), zitiert in NfA, 27.8.05, S. 8.

Wie bedeutend Marken für die chinesischen Konsumenten sind, machte gerade eine Untersuchung des Staatlichen Statistikamtes in China deutlich. Danach entfiel im Durchschnitt auf die zehn größten Markenanbieter ein Anteil von rd. zwei Drittel am Umsatz in den jeweiligen Teilbranchen (siehe Tab. 3). Der Untersuchung zufolge wird die Rolle der Markenprodukte jedoch sehr unterschiedlich innerhalb der Pro-

duktkategorien eingeschätzt. Beispielsweise sind Marken beim Kauf von Haushaltsgeräten wichtiger als bei Bekleidung. (FT, 21.9.05; NfA, 27.7.05)

---



---

## Binnenwirtschaft

---



---

Margot Schüller

### 36 Einkommenssteuergesetz wird angepasst

Im August d.J. kündigte die chinesische Regierung an, das Gesetz über die Besteuerung privater Einkommen zu ergänzen. Im Zentrum steht die Erhöhung der Einkommenssteuergrenze von derzeit monatlich 800 RMB (98,8 US\$) auf 1.500 RMB (185 US\$). Weiterhin sollen Bevölkerungsgruppen mit hohem Einkommen zukünftig eine Steuererklärung machen müssen und damit stärker zur Zahlung von Einkommenssteuern herangezogen werden.

Ziel der Ergänzung des Einkommenssteuergesetzes ist es, zum Abbau der wachsenden Einkommensunterschiede beizutragen. Weiterhin soll durch die Einführung eines geeigneten Systems zur Erhebung der privaten Einkommenssteuern die Durchsetzung der Steuergesetze verbessert werden.

Die Heraufsetzung der Einkommenssteuergrenze spiegelt auch die wirtschaftliche Entwicklung Chinas und die Veränderung der Einkommenssituation der Bevölkerung wider. So verdienten im Jahre 1993, als die Grenze auf 800 RMB festgelegt worden war, lediglich 1% der Beschäftigten mehr als 800 RMB pro Monat. Im Jahre 2002 dagegen lagen die Löhne und Gehälter weitaus höher, und 52% der Beschäftigten verdienten mehr als 800 RMB. Gegenüber 1993 stieg das Verbraucherpreisniveau bis 2003 um rd. 60%.

Die oberste Steuerbehörde will sichergehen, dass auch die Gruppen mit hohem Einkommen einbezogen werden, insbesondere Beschäftigte in der Finanz- und Unterhaltungs-

branche. Entsprechend den „Provisions on Personal Income Tax Management“ soll jeder Beschäftigte eine Steuernummer erhalten, die identisch mit seiner Ausweisnummer ist. Die Bestimmungen, die aus 59 Artikeln in 10 Abschnitten bestehen, sehen detaillierte Vorgaben zur Steuererklärung vor, u.a. die Mechanismen, mit denen die private Einkommenssteuer durch die Arbeitgeber einbehalten wird sowie die Art der Berichterstattung der Beschäftigten an die Steuerbehörden.

Nach Einschätzung von Wang Xiaolu, stellvertretender Direktor des National Economy Research Institute, sank die Relation der Konsumausgaben am BIP seit Beginn der 1990er Jahre auf ein Rekordniveau von rd. 42% im Jahre 2004. Dies sei sogar weniger als in wirklich schwierigen wirtschaftlichen Jahren. Durch die Senkung der Einkommenssteuergrenze könnten Anreize zum höheren Konsum geschaffen werden.

Aus Sicht von Hao Ruyu, stellvertretender Präsident der Capital University of Economics and Business, kann die persönliche Einkommenssteuer mit einem Anteil von rd. 7% am BIP nicht erfolgreich zur Reduzierung der Einkommensunterschiede herangezogen werden. Nach Einschätzung anderer Experten sind die Kosten für die Erhebung der persönlichen Einkommenssteuer auch sehr hoch. Untersuchungen hätten gezeigt, dass sich diese bis auf 50% in Relation zur erhobenen Steuer belaufen könnten. Aus diesem Grund sollte die Einkommenssteuergrenze sogar eher bei 3.000 RMB liegen.

Shi Yaowei, Direktor der Steuerabteilung beim Finanzministerium, wies im August darauf hin, dass in den letzten Jahren die Einkommensunterschiede in China stark zugenommen haben. Inzwischen würde der Gini-Koeffizient – ein Maßstab zur Messung der Einkommensdisparitäten – bei 0,447 liegen. Für Länder, deren Gini-Koeffizient bei 0,4 liegt, so Shi Yaowei, werde davon ausgegangen, dass dort die Einkommensunterschiede bereits beträchtlich hoch seien.

Im Jahre 2004 belief sich die Einkommenssteuer auf insgesamt rd. 170 Mrd. RMB (21 Mrd. US\$). Zur Gesamtsumme trugen die rd. 3.000 Millionen Bezieher von Löhnen und Gehältern den Hauptanteil, nämlich 65%, bei. Nach Einschätzung des Steuerexperten Liu Huan würde diese Gruppe ihre Einkommenssteuern auch relativ problemlos zahlen. In der Regel hätten sie nur eine Einkommensquelle und oft würden die Steuern direkt vom Unternehmen an die Behörden überwiesen. Dagegen verfügten die Personengruppen mit einem sehr hohen Einkommen über verschiedene Einkommensquellen und damit über mehr Gelegenheiten, Steuern zu hinterziehen.

Mit der Heraufsetzung der Einkommenssteuergrenze wird Shi Yaowei zufolge ein Rückgang der Steuereinnahmen in Höhe von rd. 20 Mrd. RMB verbunden sein.

Die von der Einkommenssteuer vor allem angesprochenen Zielgruppen sind die Beschäftigten mit hohem Einkommen, die sich insbesondere in folgenden Sektoren befinden: Telekommunikation, Banken, Versicherungen, Wertpapierbörsen, Erdölsektor, Petrochemie, Tabak- und Luftfahrtindustrie, Immobiliensektor, Fußball, Auslandsunternehmen und Hightech-Industrien. Zu den Personen mit hohem Einkommen zählen u.a.: Eigentümer von Privatunternehmen, Investoren von privaten Unternehmen oder Joint-Venture-Unternehmen, Dienstleister im Ingenieurbereich, Personen, die in der Unterhaltungsbranche tätig sind, Rechtsanwälte, Buch- und Wirtschaftsprüfer, Steuerbeamte und Professoren.

Auch die Erhebung von Einkommenssteuern für Ausländer, die in China arbeiten, ist verschärft worden. Hierbei geht es insbesondere um die Kontrolle der tatsächlichen Länge des Aufenthaltes, der für die Erhebung der Steuer von zentraler Bedeutung ist. So gilt als „tax resident“ derjenige Ausländer, der in China länger als fünf Jahre lebt, wenn er nicht für mindestens 30 Tage zusammenhängend das Land verlassen hat. Ist das nicht der Fall,

dann wird das gesamte Einkommen der Person weltweit als Grundlage der Besteuerung in China herangezogen. Die Kontrolle über die in China verbrachte Arbeitszeit erfolgt inzwischen über ein digitalisiertes Formular mit Ein- und Ausreisedaten, das einen Überblick über die Gesamtarbeitszeit erlaubt.

Die Besteuerung von Ausländern erfolgt über einen neunstufigen progressiven Steuertarif zwischen 5% und 45%. Allerdings werden geldwerte Zuwendungen nicht besteuert. So gilt die Bereitstellung eines Kfz mit Fahrer nicht als Teil des Einkommens, und auch die Übernahme der Mietkosten muss nicht versteuert werden (allerdings der Zuschuss zur Miete). (PD, 20.8., 20.9., 22.9.05; Xinhua, 10.8.05; NfA, 25.7.05)

### 37 Konsolidierung in der Stahlindustrie geht weiter

Im August wurde die Fusion der zwei größten Stahlunternehmen Nordostchinas bekannt gegeben. Hierbei handelt es sich um die Anshan Iron and Steel Group Corp. und die Benxi Iron-Steel (Group) Limited Liability Corp. Die Unternehmen, die als zweitgrößte und fünftgrößte Stahlproduzenten gelten, fusionierten zu einem Unternehmen mit dem Namen Anben Iron and Steel Group (ABIS). Mit einem Stahloutput von ca. 20 Mio. t wird das fusionierte Unternehmen fast ebenso groß wie der Marktführer, die Shanghai Baosteel Group, sein, die ein Produktionsvolumen von 21 Mio. t aufweist.

Ziel der Fusionierungen der letzten Jahre ist der Aufbau von ein oder zwei Eisen- und Stahlkonzernen bis zum Jahre 2010, die jeweils eine jährliche Kapazität von über 30 Mio. t haben, sowie einigen größeren Unternehmen, die ebenfalls ein hohes Outputvolumen besitzen sollen. Andere Fusionsprojekte betreffen die Capital Iron and Steel Company, die Tangshan Iron and Steel Company in Nordchina, die Ankäufe von Baoshan Iron and Steel Company in Ost- und Südchina sowie die

Reorganisation der Wuhan Iron and Steel Company in Zentral- und Südwestchina.

Hohe Investitionen in der Stahlindustrie haben die Kapazitäten ansteigen lassen, während in den letzten Monaten die Nachfrage aufgrund staatlicher Interventionen in die gesamtwirtschaftliche Entwicklung zurückging. Dies ist vor allem auf die geringere Nachfrage von Stahl für die Bauwirtschaft zurückzuführen, auf die nach Angaben von Baoshan 67% der gesamten Nachfrage entfällt. So nahm in der 1. Jahreshälfte der Output von Rohstahl noch um 28% zu, die Nachfrage erhöhte sich dagegen nur um 14,4%. Dies führte zu einem Rückgang der Preise um rd. 30%.

Aufgrund des Ausbaus der eigenen Produktionskapazitäten gingen in der 1. Jahreshälfte die chinesischen Importe deutlich zurück und beliefen sich auf rd. 13,2 Mio. t, dies waren 26,5% weniger als im Vorjahr. China könnte wieder ein Nettoexporteur werden, wie dies bereits im letzten Jahr der Fall gewesen war. Allerdings gehen Branchenkenner davon aus, dass es zu keiner Stahlschwemme aus China kommen wird. So kommt die Wirtschaftsvereinigung Stahl, Düsseldorf, zu dem Schluss, dass die Inlandsnachfrage Chinas weiterhin sehr hoch bleiben wird, da der Pro-Kopf-Verbrauch noch sehr viel niedriger als in den Industrieländern liegt. Mittelfristig werden sich demnach die Stahlimporte und -exporte ausgleichen. Die Wirtschaftsvereinigung Stahl geht davon aus, dass die Politik der Zentralregierung im Stahlsektor auch umgesetzt wird, insbesondere, die Drosselung der Produktion durch Nichtgenehmigung neuer Investitionen und Reduzierung der insgesamt 800 Hersteller bis zum Jahre 2010. Die Anfang September von der Zentralregierung beschlossenen Maßnahmen sehen vor, dass kleine Stahlwerke mit einer Größe der Hochöfen von weniger als 300 Kubikmetern Rauminhalt geschlossen werden.

Für dieses Jahr wird offiziell mit einem Stahloutput von rd. 330 Mio. t gerechnet, das wären ca. 60 Mio.

t mehr als 2004. Nach Einschätzung chinesischer Experten ist diese Zunahme insbesondere auf hohe Investitionen privater und kollektiveigentlicher Unternehmen in den Jahren 2003 und 2004 zurückzuführen.

Stahlanalyst Hermann Reith von der BHF geht sogar davon aus, dass die Stahlproduktion in diesem Jahr auf 348 Mio. t steigen könnte, während der Verbrauch nur ein Niveau von 305 Mio. t ausmachen wird. Es müsse abgewartet werden, ob der Überschuss exportiert oder auf Lager genommen wird.

Für ausländische Unternehmen haben sich die Investitionsbedingungen in der chinesischen Stahlindustrie aufgrund neuer Bestimmungen erschwert. So dürfen ausländische Unternehmen keine chinesischen Stahlfirmen übernehmen oder einen kontrollierenden Anteil am Aktienkapital des Unternehmens erwerben. Weiterhin sind keine Investitionen in neue Produktionskapazitäten erlaubt, sondern nur solche in Modernisierung. Darüber hinaus müssen die ausländischen Stahlfirmen das volle Patentrecht auf ihre Stahl- und Eisenprodukte haben. (XNA, 16.8., 18.8.05; NfA, 26.7., 8.9.05; NZZ 16.8.05; FT, 24.8.05)

### 38 Umwandlung der nicht handelbaren in handelbare Aktien

Die im Juni 05 von der China Securities Regulatory Commission (CSRC) begonnene Umwandlung der nicht handelbaren in handelbare Aktien wurde im September 05 fortgesetzt. Nach einer ersten Versuchsphase im April d.J. wurden im Juni 46 Unternehmen einbezogen, jetzt sind weitere 40 Unternehmen aufgefordert, die Aktienreform umzusetzen.

Insgesamt beträgt der Anteil der nicht handelbaren Aktien am Marktwert der börsennotierten Unternehmen zwei Drittel. Shang Fulin, Vorsitzender der CSRC, ging in einer Rede auf die Hintergründe dieser speziellen Situation in China ein. So sei die Aufteilung in die zwei Arten von Aktien eine Ursa-

che der unterschiedlichen Positionen zum Zeitpunkt des Aufbaus der Aktienmärkte gewesen. Die unterschiedlichen Positionen bezogen sich auf das Aktiensystem, insbesondere die Funktionen und die Rolle des Aktienmarktes. Ende 2004 waren von den insgesamt 714,9 Mrd. Aktien börsennotierter Unternehmen 454,3 Mrd. Aktien bzw. 64% nicht handelbar. Von den nicht handelbaren Aktien entfiel auf Aktien im Staatsbesitz ein Anteil von 74%.

Shang zufolge ist die Unterscheidung in die zwei Kategorien von Aktien nicht sinnvoll, wenn ein vernünftiger Preismechanismus zustande kommen soll. Die nicht handelbaren Aktien beeinflussten die Markterwartungen. So würden Besitzer von nicht handelbaren Aktien den Fluktuationen auf dem Aktienmarkt keine ausreichende Aufmerksamkeit widmen. Die Besitzer handelbarer Aktien könnten durch ihr Verhalten nicht effektiv die Entwicklung der notierten Unternehmen beeinflussen, und es gebe keine gemeinsame Interessenbasis für *corporate governance*. Neben diesen Problemen wies Shang darauf hin, dass diese Aufteilung der Aktien auch die Internationalisierung und Produktinnovation verhindern würde. Die Richtlinien der Zentralregierung, so Shang, sehen für die Umwandlung eine schrittweise Vorgehensweise vor. Basis sei die Beachtung der Marktregeln, die Stabilität und Entwicklung des Kapitalmarktes und der Schutz der legitimen Rechte der Investoren, insbesondere der öffentlichen Hand.

Mitte August wurden für die Umwandlung in handelbare Aktien Richtlinien gemeinsam von der CSRC, der SASAC (State-owned Assets Supervision and Administration Commission), dem Finanzministerium, der Zentralbank und dem Handelsministerium herausgegeben. Danach soll die Umwandlung in Abstimmung mit den betreffenden Stellen und Investoren erfolgen. Ziel soll dabei nicht der Verkauf aller Aktien am Markt sein, sondern die Entscheidung in welchem Umfang der Staat Anteile in bestimmten Industrien halten will.

Bei einer Umwandlung müssen die Aktionäre zustimmen. Sie erhalten eine Kompensation in Form von Bargeld oder Aktien für die „Verwässerung“ ihres Anteils. Zu den Unternehmen, die davon betroffen sind, zählen z.B. die Bank China Minsheng und das Unternehmen Shanghai Automotive. Bei China Minsheng erhalten die Minderheitsaktionäre von den Hauptaktionären für jeweils zehn Aktien 4,55 Aktien zusätzlich. Bei Shanghai Automotive bekommen die Minderheitsaktionäre für jeweils zehn Aktien zusätzlich 3,4 neue Aktien.

Der Markt reagierte auf die Verkäufe neuer Aktienanteile mit einem weiteren Rückgang. Um die Nachfrage wieder zu beleben, hat die Regierung den Banken erlaubt, Fondmanagement-Unternehmen zu gründen. Dies ist bereits von der Bank of Communications und der China Construction Bank gemacht worden. Weiterhin wurde den Versicherungsunternehmen die Möglichkeit gegeben, rd. 5% ihrer Vermögenswerte in Aktien zu investieren, bei Pensionsfonds liegt die Grenze bei 15%. In einer Stellungnahme Ende September wies die SASAC nochmals darauf hin, dass es keine exakten Kompensationsstandards gibt. Die Eigentümer der handelbaren und der nicht handelbaren Aktien müssten einen Kompromiss aushandeln. Voraussetzung sei, dass zwei Drittel der Eigentümer von nicht handelbaren Aktien der Reform zustimmen.

Die Shanghaier Regierung hat die an der Börse notierten lokalen Unternehmen aufgefordert, die Umwandlung ihrer Aktien innerhalb eines Zeitraumes von einem Jahr durchzuführen. Insgesamt gibt es 148 Shanghaier Unternehmen, die an der Börse notieren, das sind rd. 10% aller börsennotierten Unternehmen. Sieben der Unternehmen in Shanghai haben an der ersten Versuchsphase der Umwandlung teilgenommen, darunter die Baoshan Iron and Steel Company sowie Shanghai Port Container Co.

Aus Sicht ausländischer Analysten bewegt sich der chinesische Ak-

tenmarkt mit dieser Reform in die richtige Richtung. Die Benennung von 37 Institutionen, die private Pensionsfonds gründen dürfen, durch das Arbeitsministerium hat den Aktienmarkt Anfang August positiv stimuliert. Es wird erwartet, dass die institutionellen Investoren im Rahmen langfristiger Anlagestrategien eine positive Wirkung auf die Aktienmarktentwicklung haben werden. (XNA, 2.8.05; WSJ, 5.8., 23.8., 24.8.05; HB, 13.9.05; IHT, 25.8.05; „Regulator Details State Share Reform“, 6.9.05, [www.china.org.cn](http://www.china.org.cn); „State Assets Supervisor Stands 'Active' in Share Reform“, 29.9.2005, [www.china.org.cn](http://www.china.org.cn); „Speech bei Shang Fulin, chairman of the CSRC“, ohne Datum, <http://www.china.org.cn/news/news050627.htm>)

### 39 Börsengang der CCB im Oktober

Als erste der vier großen Staatsbanken wird die China Construction Bank (CCB) im Oktober d.J. an die Hongkonger Börse gehen. Geplant ist eine Aktienemission mit einem Volumen von rd. 6 Mrd. US\$. Der Wert der Aktie ist auf das Ein- einhalbfache des Buchwertes festgelegt worden. Dieser günstige Preis soll die Nachfrage stimulieren und sicherstellen, dass der Börsengang ein Erfolg wird. Die CCB-Aktie wird voraussichtlich 1,52 HK\$ pro Stück kosten. Als erster Handelstag ist der 28.10.05 vorgesehen. Wie hoch der Anteil der frei gehandelten Aktien sein wird, ist noch nicht klar. Der Mindestanteil, der gesetzlich vorgeschrieben ist, muss 15% betragen.

Als ausländischer Investor wird die Bank of America einen Anteil von 9% bzw. 2,5 Mrd. US\$ übernehmen. Die US-Bank hat sich außerdem die Option gesichert, bis 2010 den Anteil auf 19,9% zu erhöhen. Als weiterer Großinvestor gilt die singapurische staatliche Investmentbank Temsaek Holdings, die Aktien im Wert von 2,5 Mrd. US\$ übernehmen wird. Am Börsengang sind die Finanzinstitute Credit Suisse First Boston Corp. (Schweiz) und Morgan Stanley beteiligt. Weiter-

hin begleitet die größte Investmentbank Chinas, die China International Capital Corp., an der Morgan Stanley einen Anteil von 34,4% besitzt, den Börsengang.

Die CCB wird als beste der vier Staatsbanken angesehen. Dies geht auch aus einem kürzlich veröffentlichten Bericht der Fitch Ratingagentur hervor. Nach wie vor haben die staatseigenen Geschäftsbanken dem Bericht zufolge angesichts der enormen Risiken noch eine zu geringe Kapitaldecke sowie Defizite in der Risikokontrolle und Unternehmensführung.

Am 22.9.05 gab die Hongkonger Börsenaufsicht „grünes Licht“ für die Notierung der CCB. Nach einer Anhörung genehmigte die Börsenaufsicht den Antrag auf Erstemission der Bank in Hongkong. (FAZ, 24.9.05; WSJ, 14.9.05; ST Interactive, 23.9.05)

---



---

## SVR Hongkong

Günter Schucher / Katrin Willmann

---



---

### 40 Neuer Abschnitt in der schwierigen Beziehung zwischen Hongkong und der Zentralregierung?

Vom 10. bis 12. September 2005 stattete Zeng Qinghong, stellvertretender Staatspräsident und Leiter der ZK-Führungsgruppe zur Koordination der Hongkong- und Macaupolitik der parteistaatlichen Führung, der Sonderverwaltungsregion (SVR) Hongkong einen offiziellen Besuch ab. Anlass seiner Reise war neben der Einweihung des ersten Disney Parks in der VR China und Gesprächen mit dem neu gewählten Regierungschef (*Chief Executive*), Donald Tsang (vgl. C.a., 2005/4, S. 37-40), auch eine Zusammenkunft mit allen Abgeordneten des Hongkonger Parlaments, der Legislativversammlung (*Legislative Council*, LegCo).

Ebenso wie die Einladung aller 60 Abgeordneter des Hongkonger

LegCo zu einem Besuch in der angrenzenden südchinesischen Provinz Guangdong Ende September 2005 (siehe Dok unten), markierte auch dieses Ereignis eine weitere Etappe im langwierigen Prozess der Verbesserung der Beziehung zwischen der Zentralregierung in Beijing und der SVR Hongkong. So besuchte damit erstmals seit den Massenprotesten im Juli 2003 und der Amtsübernahme Donald Tsangs als *Chief Executive* im Juni 2005 ein hochrangiger Vertreter der Zentralregierung die SVR. Für Zeng Qinghong war es der erste Besuch seitdem er die beiden Ämter bekleidet. Gleichzeitig waren erstmals alle 60 Abgeordnete des LegCo, somit auch die Vertreter des prodemokratischen bzw. Beijing-kritischen Parteienlagers, zu einem gemeinsamen Bankett eingeladen.

Einerseits deutet diese Geste auf einen weniger konfrontativen und vielmehr integrativen Kurs der parteistaatlichen Führung gegenüber allen Parteienlagern in der Hongkonger Legislativversammlung hin. Andererseits beklagten die prodemokratischen Abgeordneten, keine Gelegenheit zum direkten Gespräch mit dem Vizepräsidenten gehabt zu haben. Hongkonger Medien berichteten davon, dass Zeng Qinghong die anwesenden Demokraten und ihren kurz vor dem Bankett in den Medien veröffentlichten offenen Brief weitgehend ignorierte. In dem Schreiben baten die Verfasser um ein faires Verfahren für den seit April d.J. wegen des Vorwurfs der Spionage inhaftierten Ching Cheong, der in Hongkong als Korrespondent der in Singapur erscheinenden *Straits Times* tätig ist (vgl. C.a., 4/2005, Dok 16; 3/2005, Dok 17). Zudem ersuchten sie die Zentralregierung, ihre Entscheidung gegen die Einführung allgemeiner und direkter Wahlen des *Chief Executive* und des LegCo 2007/08 zu revidieren.

Für den neuen Hongkonger *Chief Executive*, Donald Tsang, verlief der Besuch durchweg positiv. Wurde die Amtsführung seines Vorgängers noch im Dezember 2004 von Staats- und Parteichef Hu Jintao öffentlich gerügt (vgl. C.a., 2004/12, Ü 27),